

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Reihmannsdorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Kogelapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Beitzelle 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 170

Bad Schandau, Sonnabend, den 23. Juli 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Reichspräsident v. Hindenburg traf am Freitagnachmittag nach mehrtägigem Aufenthalt auf dem Rittergut Groß-Justin seines Schwiegerohnes, Landrat a. D. v. Brodhufen, wieder in Berlin ein.

* Am 26. Juli wird der Internationale Gerichtshof im Haag das Urteil in der Chorzow-Angelegenheit verkünden.

* Der Kongress der panamerikanischen Arbeiterföderation hat einstimmig beschlossen, die sofortige Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Nicaragua zu fordern.

* Wie Reuter erfährt, hat das Kabinett die Haltung Lord Cecils und Bridgemans bei den Genfer Verhandlungen über die Frage der Seeabrüstungen einstimmig gutgeheißen. Lord Cecil und Bridgeman lehnen sofort nach Genf zurück.

* Wie die Blätter aus Paris berichten, soll sich Leon Daudet nach Brüsseler Meldungen in dem belgischen Badeort Wondoupe bei einem Freude aufhalten.

Abrechnung.

Ein graufiges Schauspiel. — Notenkrieg mit Belgien. Schlaflose Generale.

Noch ist es gar nicht lange her, daß im Reichstage von der notwendigen Angleichung unserer Rechtszustände an die entsprechenden Verhältnisse der Österreichischen Republik die Rede war. Es handelte sich um den Entwurf eines neuen deutschen Strafgesetzbuches und die Sozialdemokratie war es, die damals mit besonderem Nachdruck erklärte, sie werde alles daran setzen, um die angeführte Rechtsgleichheit auch in dem Punkte zu erreichen, in dem der deutsche Entwurf an unseren überlieferten Rechtsanschauungen festhielt, während das geltende österreichische Strafrecht bereits einen Schritt nach vorwärts getan habe: in der Frage der Todesstrafe. In Österreich hat die siegreiche Revolution, noch ehe sie die Macht wieder an die bürgerlichen Parteien abgeben mußte, einfach die Abschaffung der Todesstrafe verfügt, während bei uns weder die Volksbeauftragten von einst noch die späteren Linkeregierungen diesem Beispiel nachgeahmt haben.

Nun hat ein blutiger Vormittag in der Hauptstadt der ehemaligen Donaumonarchie mehr Todesopfer gefordert, als bei uns wohl in Jahrzehnten dem Nichtschwert des Henters überliefert werden. Und nicht die geordnete Justiz des Staates hat dabei mitgewirkt, daß dieses graufige Schauspiel der Welt geboten wurde. Es sind vielmehr am helllichten Tage Menschen erschlagen und erschossen, richterliche und polizeiliche Beamte niedergemacht worden und einen Augenblick schien es beinahe, als hätte das letzte Stündlein dieses Staatswesens nun wirklich geschlagen, das die Väter des Vertrages von Trianon so willkürlich und sinnlos, man kann sagen mit offener Absicht, seine Lebensunfähigkeit unter allen Umständen sicherzustellen, zusammengeschnürt haben. Wenn schon der Staat nicht soll Herr sein dürfen über Leben und Tod seiner Bürger, so sollten noch viel weniger seine Bürger, am allerwenigsten aber die Strafen zum Herrn aufwerfen über Leben und Tod der Staatsdiener. Denn ehe der Staat einen Verbrecher auf Schafott scheidet, wird seine Schuld oder Unschuld auf das sorgfältigste geprüft, und erst wenn auch die höchste Gnadeninstanz der Volksgesamtheit ihr Siegel auf das Todesurteil drückt, darf der Scharfrichter seine traurigen Amtes walten. Wenn aber die Abrechnung über ein angebliches Fehlurteil, über einen angeblichen Akt der Klassenjustiz auf die Straße verpflanzt wird, dann kann niemand mehr die Verantwortung für das Unheil übernehmen, das notwendig entstehen muß und das in diesem Falle den ohnehin nur äußerst schwach gezimmerten österreichischen Staat in seinen Grundfesten erzittern ließ.

Jetzt will es, sozusagen, niemand gewesen sein und jede Partei möchte der Gegenpartei die alleinige Verantwortung für das Geschehene aufbürden. In großen Worten wird es in der bevorstehenden Parlamentsdebatte gewiß nicht fehlen, ihr Ausgang aber steht wohl von vornherein unzweifelhaft fest; denn er entscheidet sich nicht je nach der Aufklärung, die sie bringen wird (oder vielmehr: die sie nicht bringen wird, da noch selten durch bloße Redeschlachten Klarheit über solche vom Massenwahn beherrschten Vorgänge erbracht worden ist), sondern nach den gegebenen politischen Machtverhältnissen, die in diesem Falle für die Justiz und gegen die Empörer einsehen werden, denen schon der Bundeskanzler Dr. Seipel so entschiedenen Widerstand geleistet hat.

In dem Augenblick, wo Österreich sich wieder einmal schweren inneren Erschütterungen ausgesetzt sieht, wird die deutsche Regierung plötzlich gezwungen, in eine Art Notenkrieg mit der belgischen Regierung

anzutreten, deren Kriegsminister es für richtig befunden hat, die Abrüstungsfrage von neuem auf die europäische Tagesordnung zu stellen.

Er kann zwar nicht leugnen, daß wir abgerüstet haben; stünde doch sonst das Zeugnis der Interalliierten Militärkontrollkommission sofort gegen ihn zur Verfügung. Aber er behauptet, wir seien bereits wieder mitten in einer neuen Aufrüstung begriffen, und läßt sich in dieser angeblichen Überzeugung auch durch die bestimmtesten, durch untrüglischen Tatsachen- und Aktenmaterial gestützten Gegenerklärungen der deutschen Regierung nicht irremachen. Belgien zeigt sich, genau wie wir es von Herrn Poincaré seit Jahren gewöhnt sind, um die Sicherheit seines Gebietes auf das ernstlichste besorgt, und selbst wenn wir die kleine Reichswehr, die man uns gelassen hat, auch noch auf dem Altar der Völkerveröhnung opfern wollten, in Paris und in Brüssel würden die Generale doch keinen ruhigen Schlaf finden, aus Furcht vor den Millionenheeren, die über Nacht plötzlich einmal aus deutschen Wäldern über die Grenze vorbrechen könnten. Wir mögen lachen oder den Kopf schütteln über so ängstliche Gemüter, denen selbst ein Frieden von Versailles kein sanftes Nubekissen zu bieten vermag; eine

ernsthafte Auseinandersetzung mit ihnen wird niemals zum Ziel führen, da sie ja die wahren Absichten, aus denen heraus sie immer wieder mit neuen Verdächtigungen gegen uns vorgehen, nicht verraten dürfen.

Wie es aber bei diesem Zustand der Dinge zu der all gemeinen Abrüstung kommen soll, auf die wir nach den wiederholten Feststellungen unserer Regierungsbekanntmachungen in Genf nunmehr ein verbrieftes Unrecht haben, das wissen die Götter. Statt der allgemeinen Abrüstung scheinen unsere Gegner von 1914 eine dauernde Militärkontrollkommission in Deutschland einrichten zu wollen. Wenn das so weitergeht, wird auch hier einmal eine Abrechnung notwendig werden, bei der, aller Voraussicht nach, nicht Deutschland, sondern der Völkerverbund der leidtragende Teil sein würde. Dr. Sv.

Bisher 50 Personen dem Wiener Landesgericht zugeführt.

Wien, 22. Juli. Bisher sind dem Landesgericht 50 Personen unter der Beschuldigung der Brandstiftung, der schweren Körperverletzung, des Aufruhrs usw. zugeführt worden.

Der Kampf um die Portoerhöhung

Minister Schädel für erhöhtes Porto.

Sitzung des Verwaltungsrats der Reichspost.
Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost trat am Freitag zusammen, um endgültig Beschluß über die Gebührenvorlage zu fassen. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich. Reichspostminister Dr. Schädel hielt einleitend eine Ansprache, in der er nochmals die Gründe für die nach seiner Meinung notwendige Portoerhöhung darlegte. Bei der Reichspost sei, so meinte der Minister, ein ungedeckter Mehrbedarf von 427 Millionen festgestellt. Auf Anleihen können bei gesunder Geschäftsführung nur Anlagen genommen werden, nicht aber Mehrausgaben laufender Natur, wie z. B. für Erhöhung der Beamtensoldatung, der Wohnungsmiete und der Löhne, für die allein ein Betrag von 216 Millionen Mark erforderlich ist. Das wäre Bankrottwirtschaft, die nicht verantwortet werden könnte.

Der Minister kam dann auf die Geschäftsführung der Reichspost zu sprechen und betonte hierbei, daß seit 1926 trotz Steigerung des Verkehrs 5000 Kräfte eingespart worden seien. Dann fuhr Dr. Schädel fort:

Ich kann bestimmt erklären, daß die Ausgaben der Deutschen Reichspost schon heute oft über die Grenze des Vertretbaren hinaus abgerollt sind, schon aus Mangel an den erforderlichen Mitteln. Wir haben alle Möglichkeiten erschöpft, bevor wir mit dem Vorschlage der Gehührenerhöhung hervorgetreten sind. Der ungedeckte Mehrbedarf der Deutschen Reichspost ist so groß, daß ohne Gehührenerhöhung die Mittel fehlen würden, um die bestehende Besoldungserhöhung auch auf die 350 000 Beamten, Angestellten und Arbeiter der Deutschen Reichspost zu erstrecken, daß ferner lebenswichtige Arbeiten eingestellt und etwa 12 000 Arbeiter entlassen werden müßten.

Die Ursache der finanziellen Schwierigkeiten der Deutschen Reichspost ist nicht von heute. Sie liegt letzten Endes darin, daß seit der Stabilisierung der Währung die Einnahmen der Deutschen Reichspost aus den Gebühren nicht mit der zunehmenden Höhe der Ausgaben Schritt gehalten haben. Die Deutsche Reichspost mußte ihre gewaltigen Ausgaben zu 100 Prozent bezahlen und

nahm hiergegen aus den Gebühren nur durchschnittlich etwa 60 Prozent ein.

Das ungeheure finanzielle Opfer, das die Deutsche Reichspost hernach für die Stabilisierung durch Beibehaltung des 10-Pf.-Briefpostes der deutschen Währung und der deutschen Wirtschaft gebracht hat, ist ihr nicht gedankt worden. Es ist ein bitteres Unrecht, daß die deutsche Öffentlichkeit der Reichspost darüber Vorwürfe macht, daß sie nunmehr endlich ihre Tarife den Ausgabeverhältnissen angleicht. Die Deutsche Reichspost geht doch hiermit nicht vor, sondern holt ausschließlich nach, was alle Kreise der gesamten deutschen Wirtschaft, groß und klein, meist in viel höherem Ausmaße längst vor ihr vollzogen haben. Wer in der deutschen Wirtschaft keine Preise selbst erhöht hat, dem fehlt das Recht, gegen die Gebührenerhöhung der Reichspost zu protestieren.

Den Ausführungen des Ministers folgte eine lebhafteste Aussprache.

In der von verschiedenen Seiten betont wurde, daß die Leistungen der Post erheblich heruntergegangen seien. Es wurden zahlreiche Stimmen gegen die Gebührenerhöhung laut, doch ist kaum daran zu zweifeln, daß sich der Verwaltungsrat schließlich den Wünschen des Postministers beugen wird. Ein Antrag der Kommunisten, der die Zurückziehung der Vorlage verlangte, wurde abgelehnt. Ein lebhafter Streit geht auch noch um den Termin der Inkraftsetzung der Vorlage.

Die Beschlüsse.

Berlin, 22. Juli. Wie die T.-U. erfährt, wurde in der heutigen Vollversammlung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost dem Antrage auf Festsetzung des Fernbriefsatzes auf 15 Pfg. stattgegeben.

Der Satz für den Ortsbrief wurde entgegen dem Antrage des Arbeitsausschusses von 10 Pfg. auf 8 Pfg. ermäßigt.

Der Postarten-Tariff soll 8 Pfg., der Ortsstarif für Postkarten 5 Pfg. betragen.

Fünf Drucksachen, denen auch Antwortkarten angehängt werden können, wurde ein billigerer Satz von 3 Pfg. festgelegt.

Die Verhandlungen sind heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie werden morgen fortgesetzt. Es wird sich dann entscheiden, ob die jetzt aufgestellten Tarife auch in zweiter Lesung angenommen werden.

Immer neue polnische Hebe gegen Deutsche

Danzig, 22. Juli. Der in Warschau erscheinende Kürzer Poronny verbreitet eine Meldung, wonach das polnische Passagierschiff „Sachsen“, das zwischen Gdingen und Hela verkehrt und von dem deutschen Kapitän Seel-Stralsund geführt wird, im Hafen von Gdingen ein polnisches Motorboot überfahren hat, das mit polnischen Lehrerinnen aus dem Lubliner Gebiet einen Ausflug machte. Das polnische Blatt bringt eine ungeheuerliche Meldung des Vorfalls, die gleich auf den ersten Augenblick unglaubwürdig erscheint. Es behauptet, der Führer der „Sachsen“ habe das polnische Motorboot in der Trunkenheit absichtlich überannt. Der deutsche Kapitän habe ferner verhindern wollen, daß die ins Wasser gestürzten polnischen Passagiere des Motorbootes gerettet wurden und habe, ohne Hilfe zu bringen, mit Vollstopp weiter nach Hela fahren wollen. Erst mit vorgefundenem Revolver sei er zur Hilfeleistung gezwungen und später verhaftet

worden. Die Angaben der polnischen Presse sind so ungeheuerlich und in ihrer ganzen Art so unglaubwürdig, daß der hegerische Charakter ohne weiteres klar wird.

Die von der Kürzer Poronny aufgestellten Behauptungen sind nach Erkundigung an zuständiger Stelle bis jetzt keineswegs bewiesen. Die Untersuchung über den Vorgang ist von polnischer Seite eingeleitet worden. Daß die Behauptung des Blattes schließlich aus dem Grunde aufgestellt wurde, um von neuem eine neue deutsche Hebe ins Werk zu setzen, dürfte schon als sicher feststehen.

Belgien will nicht mehr antworten!

In offiziellen Brüsseler Kreisen sagt man, daß die belgische Regierung nicht beabsichtige, die letzte deutsche Note zu beantworten. Das Brüsseler Kabinett halte seine Haltung in der Streitfrage mit Deutschland aufrecht.